

5X5 FORDERUNGEN

FÜR UNSERE

LANDWIRTSCHAFT



/BB-FORDERUNGSPAPIER FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

ÜBERSICHT

Die Bewältigung der aktuellen Krisen, wie etwa der Krieg in der Ukraine, stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Herausforderungen, die wir nur gemeinsam als einige und starke Interessenvertretung meistern können. Als NÖ Bauernbund stehen wir vor einer großen Neuaufstellung unseres Netzwerkes. Unter Bauernbundobmann LH-Stv. Stephan Pernkopf gehen unsere rund 15.000 Funktionärinnen und Funktionäre im Jahr 2024, angefangen von der Ortsgruppe bis hin zur Landesebene, in die turnusmäßigen „Bauernbundwahlen“. Das erklärte Ziel ist, unsere Jugend und unsere Bäuerinnen zu stärken und in unsere Interessenvertretung einzubinden. Dazu wollen wir, wie vor jeder Bauernbundwahl, vermehrt neue Mitglieder für uns werben, um neu aufgestellt unsere Forderungen und Ziele zu erreichen.

I. LEISTUNG WIEDER FÖRDERN. EIGENTUM SCHAFFEN.

Unser Anspruch in der Politik ist und bleibt: „Leistung muss sich wieder lohnen“.

Daher muss unseren Bäuerinnen und Bauern unterm Strich mehr bleiben.

1. Klare Absage zu neuen Steuern auf Haus und Hof. Schutz und Förderung von Eigentum
2. Entwicklung eigener, günstigerer Agrarstromtarife
3. Dauerhafte Verlängerung eines steuerbegünstigten Agrardiesels
4. Stärkung und Weiterentwicklung des Pauschalierungs- und Einheitswertmodells
5. Kostenbremse bei Sozialversicherungsbeiträgen durch Aussetzen der jährlichen Anpassung

II. HAUSVERSTAND STATT VERSORGUNGS-NOTSTAND.

Wir schaffen Versorgungssicherheit. Seit Generationen versorgen wir Österreich.

Daher fordern wir: „Lasst uns arbeiten!“

1. Konsequente Umsetzung des Bauernpakts („Farmers-Deal“) der Europäischen Volkspartei
2. Stärkung des Versorgungsauftrags der EU-Agrarpolitik
3. Erhöhung des EU-Agrarbudgets (Inflationsanpassung) unter maximaler nationaler Kofinanzierung
4. Hausverstand statt Vorschriften und Verbote (Ammoniak- und Nitratreduktion, Güllegrubenabdeckung- und Einarbeitungsfristen)
5. Versorgungssicherheits-Check: Klare Absage an unrealistische EU-Vorgaben (Pflanzenschutzmittelreduktion, Tierhaltung etc.). Ohne Alternativen, keine Verbote.

III. MEHR VOR ORT, WENIGER IMPORT.

Wir befinden uns derzeit am Scheideweg: Abhängigkeit und Import oder wieder mehr Produktion vor Ort. Wir haben es selbst in der Hand.

1. Stopp des Freihandelsabkommens MERCOSUR
2. Überarbeitung des Green Deal und klare Absage an Einschränkungen der Waldnutzung
3. Einhaltung der hohen EU-[Produktions-]Standards auch bei Importen
4. Die ukrainischen Agrarprodukte müssen am vorgesehenen Zielort ankommen
5. Energiewende durch raschen Netzausbau und Forcierung der erneuerbaren Energie

IV. INNOVATIONSTURBO ZÜNDEN.

Wir sehen Forschung und Wissenschaft als Schlüssel für unsere Zukunft.

Daher wollen wir bewusst Ziele vorgeben – Versorgungssicherheit als Auftrag.

1. Forschungsturbo für heimische Versorgungssicherheit – machen wir das Jahr 2024 zum Forschungsjahr der Versorgungssicherheit
2. Rascher und konsequenter Ausbau der Bewässerung und der Wasserinfrastruktur
3. Digitalisierung nutzen, gleichzeitig aber Datenhoheit und Datensicherheit sicherstellen
4. Sicheren Handy- und Internetempfang durch neue Technologien für Alle ermöglichen
5. Klimawandelangepasste Forschung in der Land- und Forstwirtschaft stärken (Züchtung etc.)

V. KONSUMENTEN INFORMIEREN.

Wir erzeugen Produkte mit höchster Qualität und gesicherter Herkunft.

Deshalb fordern wir: Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drinnen sein.

1. Verschärfung der nationalen Herkunftskennzeichnung in den Landeskantinen
2. Konsequente Kontrollen der gesetzlichen Herkunftskennzeichnung (SOKO-Herkunftskennzeichnung)
3. Einführung der Herkunftskennzeichnung bei verarbeitenden Lebensmitteln und in der Gastronomie
4. Sofortige Umsetzung des AMA-Gütesiegels für Getreide und Ackerkulturen
5. Schule am Bauernhof: Jedes Kind in NÖ muss mind. 1x auf einem Bauernhof gewesen sein

I. LEISTUNG WIEDER FÖRDERN, EIGENTUM SCHAFFEN.

Unser Anspruch in der Politik ist und bleibt: „Leistung muss sich wieder lohnen“. Daher muss unseren Bäuerinnen und Bauern unterm Strich mehr bleiben.



1. Klare Absage zu neuen Steuern auf Haus und Hof. Schutz und Förderung von Eigentum.

Eigentum, wie Haus und Hof, Grund und Boden, ist die Basis für unsere Familienbetriebe. Vor allem die Parteien links der Mitte, wie SPÖ, Grüne und KPÖ aber auch Teile der NEOS, machen sich nun für Erbschafts-, Vermögens- und Schenkungssteuern stark und verankern sie in ihren Wahlprogrammen. Diese Parteien sehen in solchen eigentumsfeindlichen Steuern ein Mittel zur Finanzierung unseres Sozialstaats und für ihre Fantasien rund um Work-Life-Balance („4-Tage-Woche“, „32h-Woche bei vollen Bezügen“, etc.).

Verpackt werden diese Ideen als „Millionärssteuer“, ein Parteitagsbeschluss der SPÖ sieht aber bereits z.B. eine **Erbschaftssteuer ab 150.000€** vor. Zwischen Verkehrswert und Einheitswert wird dabei natürlich nicht differenziert.

Als Bauernbund erteilen wir diesen leistungsfeindlichen Vorstellungen eine klare Absage.

In Deutschland sehen wir bereits, wie eine linke Bundesregierung (Rot, Grün, Liberal) ihre eigentumsfeindlichen Steuerideen zur Umsetzung bringt:

Beispiel neue Erbschafts- / Schenkungssteuer in Deutschland:

Kleines Einfamilienhaus: [Verkehrs-]Wert ca. 600.000 € [Grundstück inkl. Haus]

- NEU: per 1.1.2023 in Deutschland: 90.000 € Erbschafts- / Schenkungssteuern
- aktuell in Österreich: 0 €



Beim Blick zu unseren links-regierten deutschen Nachbarn wird klar: „Sie sagen Millionäre, meinen aber den Mittelstand.“

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Eine klare Absage an eigentumsfeindlichen Steuern (Erbschafts-, Vermögens- und Schenkungssteuern) auch der kommenden Bundesregierung

2. Entwicklung eigener, günstigerer Agrarstromtarife

Die Kosten für Energie sind im letzten Jahr massiv gestiegen und gefährden den Produktionsstandort Österreich. Stromkosten machen etwa bei der Kühlung, Bewässerung, Lüftung etc. für Stall und Hof einen großen Kostenfaktor aus. Eine Vervielfachung der Strompreise können wir daher nicht akzeptieren. Für die Sicherstellung der österreichischen Produktion von Lebensmitteln müssen die Energieversorger auf die Bedürfnisse und Anforderungen ihrer Kunden eingehen.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Eigener, günstigerer Agrarstromtarif für unsere Landwirtschaft**
- **Energietarife müssen in Tag- und günstige Nachtтарife, Wochentag- und günstigere Wochenendtarife unterteilt werden**
- **Ausweitung des Nachtтарifs um 50% von derzeit 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr auf 20.00 Uhr bis 08.00 Uhr sowie aufs Wochenende**
- **Rabatte bei längerer Bindung**
- **Energiekonzerne sollen durch attraktive Einspeisemodelle auch Anreize für die Stromproduktion schaffen**

3. Dauerhafte Verlängerung eines steuerbegünstigten Agrardiesels

In den letzten Jahren wurden unsere österreichischen Bäuerinnen und Bauern im unmittelbaren Vergleich mit vielen Nachbarländern in der EU bei der Besteuerung von Agrardiesel benachteiligt. Dieser Wettbewerbsnachteil und damit die Verteuerung der heimischen Produktion wurde durch die befristete Einführung des Agrardiesels im Jahr 2022 beendet. Teile des Agrardiesel-Pakets [Mineralölsteuersenkung 7 Cent/Liter und Versorgungssicherheitsbeitrag 21 Cent/Liter] laufen im Jahr 2023 aus.



Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Dauerhafte Verlängerung der Agrardieselrückvergütung

4. Stärkung und Weiterentwicklung des Pauschalierungs- und Einheitswertmodells

Der Einheitswert ist das Fundament unserer familiengeführten Land- und Forstwirtschaft in Österreich. Er stellt die Grundlage für die Festsetzung von Steuern und Abgaben oder auch den Erhalt von Leistungen (Familienbeihilfe, etc.) dar. Bei der aktuellen Einheitswert-Hauptfeststellung 2023 (laut Gesetz alle 9 Jahre notwendig) werden erstmals automatisch Klimawandelfaktoren (Hitze, Trockenheit, etc.) eingepreist und der Einheitswert dadurch reduziert. Durch die gesetzliche Neuregelung der Einheitswertfeststellung wurde dieses System zukunftsfit aufgestellt. Auch die Pauschalierungsgrenzen wurden im Zuge der letzten Steuerreform vereinfacht.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Eine stetige Weiterentwicklung, laufende Aktualisierung und damit Stärkung des Einheitswertmodells sowie der Pauschalierung

5. Kostenbremse bei Sozialversicherungsbeiträgen durch Aussetzen der jährlichen Anpassung

Die Beiträge der bäuerlichen Sozialversicherung werden jährlich automatisch angepasst (erhöht). Grundlage für diese automatische Erhöhung ist die Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen aller Erwerbstätigen (Lohnabschlüsse etc.). Seit vielen Jahren zeigt sich, dass die Entwicklung der bäuerlichen Einkommen einerseits und die der pauschalen Beitragsgrundlagen andererseits auseinanderklafft. Die in jüngster Zeit [inflationbedingt] stark erhöhten Kollektivvertragslöhne werden somit bald auch in der bäuerlichen Sozialversicherung schlagend und die Situation noch verschärfen. Die pauschalen Beitragsgrundlagen sollen in einer Durchschnittsbetrachtung die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe abbilden, andernfalls drohen sie verfassungswidrig zu werden.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Die Aussetzung der automatischen Beitragsanpassung in der bäuerlichen Sozialversicherung

II. HAUSVERSTAND STATT VERSORGUNGS-NOTSTAND



Wir schaffen Versorgungssicherheit. Seit Generationen versorgen wir Österreich. Daher fordern wir: „Lasst uns arbeiten!“

1. Konsequente Umsetzung des Bauernmanifests („Farmers-Deal“) der Europäischen Volkspartei

Nach intensiven Gesprächen auf europäischer Ebene konnte im Mai 2023 der neue Bauernpakt der Europäischen Volkspartei beschlossen werden. Dieser stellt eine Kehrtwende der bisherigen Politik dar. Im Zentrum steht nun die Versorgungssicherheit und die Umsetzung des Umweltschutzes mit Hausverstand. Federführend für unsere Landwirtschaft hat unser EU-Abgeordneter Alexander Bernhuber mitverhandelt.

Die Vision des Bauernmanifests lautet: „Die GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) soll es Landwirten wieder ermöglichen, das zu tun, was sie am besten können, nämlich produzieren.“

Kernpunkte dieses Bauernpaktes sind:

- Die gemeinsame Agrarpolitik muss sich zukünftig wieder vermehrt auf die Anforderungen unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe konzentrieren
- Keine Einschränkung der Nutzung von Biomasse aus unseren Wäldern
- Stärkung des ländlichen Raums und Überprüfung des Schutzstatus des Wolfes
- Priorität der GAP auf Ernährungs- und Versorgungssicherheit
- Anpassung des EU-Agrarbudgets
- Bekenntnis zum Pflanzenschutz
- Klare Absage der Wiederherstellungsverordnung
- Keine verpflichtende Außer-Nutzung-Stellung von 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche
- Investitionen für Forschung und Innovation (Klimawandelanpassung, Pflanzenzüchtung, etc.)
- Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens
- Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Die Punkte des Bauernmanifests müssen Grundlage für das nächste Regierungsprogramm auf EU-Ebene werden

2. Stärkung des Versorgungsauftrags der EU-Agrarpolitik

Unsere Bäuerinnen und Bauern kommen, besonders durch Entscheidungen auf der europäischen Ebene, vermehrt in eine gefährliche Doppelmühle. Steigende Energie- und Produktionskosten auf der einen Seite, höhere Ansprüche der Gesellschaft sowie des Gesetzgebers, verbunden mit Einschränkungen und massiven Auswirkungen des Klimawandels auf der anderen Seite. Die Lage spitzt sich zu und unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen jetzt vor allem eines: Planungssicherheit und mehr Handlungsspielraum.

Hier muss es zu einer Stärkung der durch die Mitgliedsstaaten festgelegten Kern-Ziele der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (Artikel 38 AEUV) kommen:

1. Erhalt der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts und durch bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte;
2. Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für die landwirtschaftliche Bevölkerung;
3. Stabilisierung der Märkte;
4. Sicherstellung der Versorgung;
5. Sicherstellung angemessener Preise für die Verbraucher.

Schon jetzt müssen wir die Weichen für die kommende GAP-Periode in Richtung Versorgungssicherheit stellen.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Stärkere Orientierung in der kommenden Periode der gemeinsamen EU-Agrarpolitik an diesen 5 Kernzielen**
- **Anpassung der aktuellen GAP-Maßnahmen (z.B. GLÖZ 6)**

3. Erhöhung des EU-Agrarbudgets (Inflationsanpassung) unter maximaler nationaler Kofinanzierung

In Österreich gilt seit Jahren der Grundsatz, jeden Euro aus Brüssel abzuholen. Dies gelingt nur durch die Bereitstellung der nationalen Kofinanzierung aller Maßnahmen durch Bund und Land. Im europäischen Vergleich ist das nicht selbstverständlich, für unsere heimische Produktion aber essenziell. Besonders durch die hohe Inflation erfolgte in den letzten beiden Jahren eine Entwertung der EU-Ausgleichszahlungen. Diese muss bei den nächsten Budgetverhandlungen angepasst werden.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Inflationsanpassung des EU-Agrarbudgets**
- **Bekenntnis zur maximalen Kofinanzierung durch kommende Bundesregierungen**

4. Hausverstand statt Vorschriften und Verbote (Ammoniak- und Nitratreduktion, Güllegrubenabdeckung- und Einarbeitungsfristen)

Die Europäische Union setzte sich in den letzten Jahren das Ziel, die Auswaschung von Nitrat sowie die Ammoniakemissionen zu reduzieren. Österreich verfolgt diesen Weg bereits seit Jahrzehnten (z.B.: seit 1995 mithilfe des ÖPULs – Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft). Wir bekennen uns hier klar zu diesen Reduktionszielen, jedoch fordern wir eine Umsetzung mit Hausverstand anstatt Verboten und teuren Investitionen.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Zusätzliche Abgeltung für neue Umweltleistungen**
- **Vernünftige und klare Gewässerdefinition hinsichtlich der Pufferstreifen**
- **Sicherheit bei Kontrollen sowie Kontrollen mit Augenmaß: Eindeutige Definitionen (Was ist ein Gewässer? Was die Böschungsoberkante?)**
- **Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Emissions-Reduktion (z.B. durch Weiterentwicklung der ÖPUL-Maßnahme „Verlustarme Ausbringung“ sowie weiterer Programme)**
- **Weiterentwicklung der aktuellen Verordnung (z.B. Einarbeitungszeiten)**
- **Keine verpflichtende Abdeckung von Güllegruben**
- **Anpassung aktueller GAP-Maßnahmen (z.B. GLÖZ 6)**

5. Versorgungssicherheits-Check: Klare Absage an unrealistische EU-Vorgaben (Pflanzenschutzmittelreduktion, Tierhaltung etc.). Ohne Alternativen, keine Verbote.

Leider wurde in der jüngsten Vergangenheit durch neue Vorschriften die Versorgungssicherheit gefährdet. Besonders im Bereich der Pflanzenschutzmittel aber auch im Bereich der Tierhaltung gerät dadurch nun die Versorgungssicherheit in Gefahr.

Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ist, spätestens seit der Coronakrise und dem Krieg in der Ukraine, das Gebot der Stunde. Hier müssen vermehrt Maßnahmen zur Sicherung getroffen werden. Neue Vorschriften sollen auf die Auswirkungen überprüft werden. Nur so können wir auch in Zukunft die Ernährung unserer Bevölkerung sicherstellen.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Einen verpflichtenden Versorgungssicherheitscheck für neue Vorschriften

III. MEHR VOR ORT, WENIGER IMPORT.



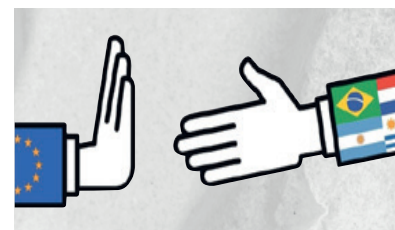
Wir befinden uns derzeit am Scheideweg: Abhängigkeit und Import oder wieder mehr Produktion vor Ort. Wir haben es selbst in der Hand.

1. Stopp des Freihandelsabkommens MERCOSUR

Seit über 30 Jahren wird dieses umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südamerika [kurz: MERCOSUR] verhandelt. Bereits im Jahr 2019 haben wir gemeinsam mit unserem EU-Abgeordneten Alexander Bernhuber mehr als 50.000 Unterschriften gegen MERCOSUR gesammelt. Die negativen Folgen für unsere Landwirtschaft und Umwelt überwiegen bei diesem Abkommen. So soll es durch MERCOSUR zur Erhöhung von Rind- und Schweinefleisch-Einfuhren und Zuckerimporten aus Übersee kommen. Im Kampf gegen MERCOSUR wissen wir dabei das österreichische Parlament auf unserer Seite: Hier wurde bereits ein gültiger Beschluss gegen MERCOSUR gefasst. Weiters ist das NEIN zu MERCOSUR auch im Regierungsprogramm auf Bundes- und Landesebene verankert.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Klares NEIN zu MERCOSUR**
- **Neue Handelsabkommen nur unter folgenden Bedingungen:**
 - » **Einhaltung von EU-Produkt- und Produktionsstandards für Umwelt- und Tierschutz**
 - » **Schutz bei sensiblen Lebensmitteln wie Fleisch, Zucker oder Milchprodukten**
 - » **Einführung von CO2-Zöllen**
 - » **Sicherstellung von effektiven Kontrollen im Herkunftsland durch EU-Organe**
 - » **Besteuerung von Kerosin und Schiffsdiesel**
 - » **Klimaschutz als oberstes Ziel in Sachen Freihandel**



2. Überarbeitung des Green Deal und klare Absage an Einschränkungen der Waldnutzung

Unter „Green Deal“ versteht man den Plan, dass die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt wird. Dieses Ziel tragen wir als bäuerliche Interessensvertretung mit. Als erste Betroffene des Klimawandels und von zunehmenden Wetterextremen müssen wir Maßnahmen setzen.

Wir kritisieren daher nicht das Ziel des Green Deals, sondern die Maßnahmen zur Umsetzung. Das neue Europäische Bauernmanifest (European Farmers Deal), das von der Europäischen Volkspartei im Mai 2023 beschlossen wurde, ist für uns der bessere „Green Deal“. Dieses Manifest setzt sich für praxistaugliche Lösungen statt unrealistischer Verbote in der Landwirtschaft ein.

Folgende, von der EU-Kommission angedachte Maßnahmen sind für uns nicht akzeptabel:

- Entwurf zur Einschränkung beim Pflanzenschutz (SUR = Sustainable Use Regulation)
- z.B.: Verbot von Pflanzenschutz in NATURA 2000-Gebieten
- Entwurf zur Wiederherstellungsverordnung, also der Rückbau unserer Kulturlandschaft auf den Stand der 1950er Jahre

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Beendigung der Verhandlungen über die Verordnung zur Einschränkung beim Pflanzenschutz (SUR = Sustainable Use Regulation)**
- **Beendigung der Verhandlungen über die Wiederherstellungsverordnung**
- **Folgenabschätzung aller Maßnahmen des „Green Deal“ für die Versorgungssicherheit**
- **Umsetzung des europäischen Bauernmanifests (Farmers Deal)**
- **Umfassende Überarbeitung des „Green Deal“**

Biomasse aus unseren Wäldern wird seit Generationen in einer nachhaltigen Waldnutzung als nachwachsender Rohstoff verwendet. Diese Wald-Biomasse macht in Niederösterreich mit rund 40 % den größten Anteil an der erneuerbaren Wärmeversorgung aus und macht uns daher unabhängig von Öl und Gas aus dem Ausland. Die Pläne der EU, die Nutzung der Biomasse aus unseren Wäldern einzuschränken, konnten durch massiven Widerstand, auch aus Österreich, verhindert werden. Biomasse bleibt also weiterhin „grün“.

Aber auch hier bietet der Blick nach Deutschland ein erschreckendes Beispiel für links-ideologische Politik. In Deutschland wird derzeit durch die linke Regierung (Rot, Grün, Liberal) die Nutzung von Biomasse aus Wäldern zur Wärmeversorgung eingeschränkt und nicht mehr als „grün“ deklariert.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **keine Einschränkung der Biomasse als erneuerbarer Energieträger auf europäischer und nationaler Ebene**
- **der Umstieg von fossilen Energieträgern (Öl, Kohle, Gas, etc.) auf Biomasse muss weiter gefördert werden**
- **keine Einschränkung unserer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und Nutzung auf europäischer und nationaler Ebene**

3. Einhaltung der hohen EU-(Produktions-)Standards auch bei Importen

Die Lebensmittelproduktion in der EU erfolgt unter den weltweit höchsten Standards. Leider gelten diese hohen Standards nicht auch für Import-Lebensmittel. Aktuell werden bei der Einfuhr von Produkten in die EU „nur“ die Produktstandards (z.B. Rückstandsgrenzwerte, Gesundheitsgefährdung, etc.) überprüft. Völlig unbeachtet bleiben die Produktionsstandards (Einsatz in der EU-verbotener Pflanzenschutzmittel, Tierwohl, Kinderarbeit, etc.).

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Umstellung vom Produktstandard- zum Produktionsstandardprinzip**
- **Produkte mit in Europa verbotenen Produktionsstandards dürfen nicht mehr importiert werden oder müssen als erster Schritt klar gekennzeichnet werden**



4. Die ukrainischen Agrarprodukte müssen am vorgesehenen Zielort ankommen

Auf Basis unserer christlich-sozialen Werte verurteilen wir den Angriffskrieg auf die Ukraine zutiefst und unterstützen nach unseren Möglichkeiten als neutraler Staat. Die Ukraine gilt als Kornkammer der Welt und war vor Kriegsbeginn ein wichtiger Versorger mit Lebensmitteln für die Bevölkerung in Afrika und im Nahen Osten. Für den Export diente hauptsächlich der Seeweg. Dieser wird derzeit von Russland blockiert und somit müssen die Agrargüter auf dem Landweg (durch die EU) exportiert werden. Dies löste, besonders in den Nachbarstaaten, aber auch bei uns Marktverwerfungen aus. Geopolitisch ist es von zentraler Bedeutung, dass die Menschen z.B. in Afrika mit ausreichend leistbaren Lebensmitteln versorgt werden.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Die EU-Kommission muss sicherstellen, dass ukrainische Agrarprodukte an ihren Bestimmungsort ankommen und nicht zu Marktstörungen in Europa führen**
- **Für unsere Konsumenten darf es zu keiner Senkung der Lebensmittelqualität kommen (z.B. Gen-Weizen aus der Ukraine)**

5. Energiewende durch raschen Netzausbau und Forcierung der erneuerbaren Energie

Unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern sind nicht nur Produzenten von Lebensmitteln, sondern auch Energieproduzenten. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energieträger kann die Bauernschaft durch Biomasseanlagen und Photovoltaikanlagen (auf Dachflächen) einen wertvollen Beitrag zu mehr Energieunabhängigkeit leisten. Damit unsere Gesellschaft unabhängiger von Energieimporten aus dem Ausland werden kann, ist eine gut ausgebaute Netzinfrastruktur nötig.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Der Ausbau von PV-Anlagen (auf Dächern) darf nicht durch mangelnde Netzkapazitäten blockiert werden – hier braucht es eine Netzgarantie**
- **Einsatz der dynamischen Leistungsregelung nach deutschem Vorbild**
- **Keine Blockade der erneuerbaren Energie aufgrund links-ideologischer Grundsätze**
- **Ausweitung der Aktion „Energieautarker Bauernhof“**
- **Umstellung des PV-Förderungssystems**



IV. INNOVATIONSTURBO ZÜNDEN.

**Wir sehen Forschung und Wissenschaft als Schlüssel für unsere Zukunft.
Daher wollen wir bewusst Ziele vorgeben – Versorgungssicherheit als Auftrag.**



1. Forschungsturbo für heimische Versorgungssicherheit – machen wir das Jahr 2024 zum Forschungsjahr der Versorgungssicherheit

Die Coronakrise als globale Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die Suezkanal-Blockade durch ein hängengebliebenes Frachtschiff, oder der Ukrainekrieg: Globale Herausforderungen und Krisen vor unserer Haustüre haben der Gesellschaft in vielen Bereichen (Verfügbarkeit von Mikrochips für die Technik, Verfügbarkeit von Medikamenten, Gas, Strom und Sprit, aber auch von Lebensmitteln) die Gefahr von Abhängigkeiten in anderen Ländern deutlich aufgezeigt.

Besonders im Bereich der Ernährung unserer Bevölkerung sollten wir daher die Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen. Einige Entwicklungen der letzten Zeit gehen eindeutig in die falsche Richtung (Green Deal, Ende der Notfallzulassungen, etc.)

Deshalb müssen wir beim Thema Versorgungssicherheit Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen (Universitäten, FHs) als Verbündete gewinnen.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Gezielte Förderung von Forschungsinitiativen im Bereich „Versorgungssicherheit“**
- **„Sonderstipendien“ für wissenschaftliche Arbeiten (Diplom-, Master- bzw. Doktorarbeiten) im Bereich „Versorgungssicherheit“**
- **2024 als Forschungsjahr der Versorgungssicherheit**

2. Rascher und konsequenter Ausbau der Bewässerung und der Wasserinfrastruktur

In den letzten 18 Jahren wurden die 15 heißesten Jahre der letzten 150 Jahre gemessen. Der Klimawandel ist, für alle spürbar, bei uns angekommen und stellt unsere Bäuerinnen und Bauern vor große Herausforderungen. Die Auswirkungen sind im ganzen Land zu spüren. Hier müssen wir jetzt die nötigen Schritte einleiten.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Rascher Ausbau der Bewässerungsinfrastruktur für die Landwirtschaft**
- **Versorgung mit ausreichend Wasser als Basis für die zukünftige Entwicklung ganzer Regionen – weit über die Landwirtschaft hinaus**
- **Sicherstellung der Wasserinfrastruktur durch überregionale Maßnahmen**
- **Klare rechtliche Rahmenbedingungen für die Regelung der Wasserentnahme, z.B. aus Oberflächengewässern**



3. Digitalisierung nutzen, gleichzeitig aber Datenhoheit und Datensicherheit sicherstellen

Die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Nutzung von KI (Künstlicher Intelligenz) schreiten voran. Dieser Bereich wächst enorm, gesetzliche Regularien fehlen vielerorts. Besonders die Datenhoheit, also der Besitz der Daten, muss strenger geregelt werden.

Aber auch der Zugang zu Daten muss mit Augenmaß geregelt sein. Die Vielzahl an Daten (Wetter, Kulturentwicklung, Hanglage usw.), die uns zur Verfügung stehen, sollte sinnvoll genutzt werden. Die neuen Technologien können viel zu unserem Nutzen beitragen, sie müssen jedoch klar reglementiert werden. Hier müssen, gemeinsam mit der Wissenschaft, klare Regeln entwickelt werden.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Rasche Entwicklung klarer Regeln für den Einsatz von künstlicher Intelligenz**
- **Beschluss zum Schutz der Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre**
- **Neue Systeme (z.B. das gesetzlich vorgeschriebene AMA-Flächenmonitoring-System) müssen anwenderfreundlich für unsere Landwirte sein und müssen zu einer Verwaltungsvereinfachung führen (z.B. weniger Vor-Ort-Kontrollen)**

4. Sicheren Handy- und Internetempfang durch neue Technologien für alle ermöglichen

Unsere Bauernhöfe sind in den Regionen, im Dorfverband, in Streu- oder Einzellage, fest verwurzelt. Für uns ist klar: Es braucht gleiche Chancen für die Menschen in Stadt und Land.

Genauso wie früher Wasser und Strom flächendeckend ausgebaut wurden, müssen heute auch Mobilfunk und Internet, unabhängig von der Lage des Hofes, zur Verfügung stehen.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Vollwertiger Ausbau und Sicherstellung von Handyempfang und Internet auf unseren Höfen**
- **Breitbandausbau darf nicht nur im Siedlungsgebiet erfolgen**
- **Nutzung und Förderung aller neuen Technologien zur Sicherstellung dieser Ziele (z.B. Verstärkerantennen)**

5. Klimawandelangepasste Forschung in der Land- und Forstwirtschaft stärken (Züchtung, etc.) sowie Waldumbau unterstützen

Der Klimawandel stellt für unsere Betriebe eine große Umstellung dar. Damit unsere Bäuerinnen und Bauern in Zukunft weiterhin die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Österreich sicherstellen können und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft erhalten bleibt, ist eine Forschungsoffensive nötig. Es braucht hier dringend kurz- und mittelfristige Strategien zur Klimawandelanpassung sowie Innovationen in Bereichen wie Pflanzenschutz und Züchtung. Hier dürfen wir im weltweiten Wettkampf nicht zurückfallen. Der Wald leidet unter der Klimaveränderung am sichtbarsten. Es ist daher dringend notwendig, unsere Wälder durch gezielten Umbau auf die neue Situation einzustellen. Die dabei anfallenden hohen Kosten sollen durch den Waldfonds dauerhaft unterstützt werden.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Mehr Forschung und Innovationen zur Klimawandelanpassung, besonders im Bereich der Züchtung (z.B. klimafitte Sorten) und der Pflanzenschutzmittel**
- **Dauerhafte Dotierung und damit Absicherung des Waldfonds**

V. KONSUMENTEN INFORMIEREN.



**Wir erzeugen Produkte mit höchster Qualität und gesicherter Herkunft.
Deshalb fordern wir: Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drinnen sein.**

1. Verschärfung der nationalen Herkunftskennzeichnung in den Landeskantinen:

Jeden Tag werden rund 2,2 Millionen Mahlzeiten in Österreich in Großküchen (z.B. Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheimen, Schulen oder Betriebskantinen) zubereitet. Mit 1. September 2023 wird die Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung (= private und öffentliche Großküchen und Kantinen) in Österreich verpflichtend.

Die Herkunftskennzeichnung gilt für Fleisch, Milch und Eier und musste aufgrund strenger EU-Bestimmungen wie folgt umgesetzt werden:

- Die Kennzeichnung muss für Konsumenten leicht ersichtlich sein und schriftlich erfolgen (Speisekarte, Aushang).
- Großküchen können die Auslobung nach „EU“ oder „Nicht-EU“ oder „Herkunftsland“ bzw. „Region“ durchführen [EU-Recht]
- Möglichkeit zur tages- und speisenbezogenen oder prozentualen Auslobung

Besonders die Möglichkeit zur Auslobung von „EU“/„Nicht-EU“ als Mindeststandard ist für uns als NÖ Bauernbund nicht akzeptabel. Das Land Niederösterreich muss hier mit Vorbildwirkung vorangehen und soll in seinen Einrichtungen (Kliniken, Pflegeheimen, etc.) über das gesetzliche Ausmaß der Kennzeichnung hinausgehen. Die Umsetzung in NÖ soll anhand der AMA-Richtlinie „Transparente Herkunft in der Gemeinschaftsverpflegung“ oder den „Gut zu wissen“-Regeln umgesetzt werden.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Herkunftsangabe tages- bzw. speisengenau**
- **Herkunftsangabe nach Herkunftsland statt „EU“/„Nicht-EU“**
- **Steigerung der Lebensmittelbeschaffung mit österreichischem Anteil**

2. Konsequente Kontrollen der gesetzlichen Herkunftskennzeichnung (SOKO-Herkunftskennzeichnung)

Wo Österreich draufsteht, muss auch Österreich drinnen sein. Diesen Anspruch stellen wir, auch im Sinne unserer Konsumenten, klar und deutlich. Dazu sind lückenlose Kontrollen nötig. Diese Kontrollen der Herkunftskennzeichnung sind laut Verordnung durch amtliche Kontrollen sicherzustellen.

Darunter fallen folgende Kontrollpunkte:

- Primärzutatenverordnung bei Fleisch, Milch und Eiern (z.B. „Rot-weiß-rot-Fahnen“)
- „Novel Food“-Verordnung (Kontrolle neuartiger Lebensmittel, z.B. Insekten)
- Herkunftskennzeichnung in privaten und öffentlichen Großküchen
- Kontrolle der freiwilligen Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

Sicherstellung von konsequenten und lückenlosen Kontrollen der Herkunftskennzeichnung durch externe Firmen und amtliche Kontrollorgane („Lebensmittelinspektor“)

3. Einführung der Herkunftskennzeichnung bei verarbeitenden Lebensmitteln und in der Gastronomie

Im aktuellen Regierungsprogramm der Bundesregierung wurde die gesetzlich verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln verankert:

- Verpflichtende Herkunftskennzeichnung der Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat) und in verarbeiteten Lebensmitteln
- Regionale Herkunft der Lebensmittel als Qualitätskriterium in der Gastronomie verstärken sowie Initiative zur stärkeren Verbreitung der Herkunftskennzeichnung

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Rasche Einführung der gesetzlich verpflichtenden Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Lebensmitteln (Wurst, Nudeln etc.)**
- **Umsetzung der Herkunftskennzeichnung auch in der Gastronomie**

4. Sofortige Umsetzung des AMA-Gütesiegels für Getreide und Ackerkulturen

Das AMA-Gütesiegel hat sich seit der Einführung im Jahr 1994 bei Fleisch, Milch und Gemüse bewährt und besitzt eine hohe Glaubwürdigkeit beim Konsumenten. Vor kurzem hat der Nationalrat eine Ausweitung des AMA-Gütesiegels auf Getreide und Ackerkulturen ab der Ernte 2024 beschlossen. Unter Einbindung eines AMA-Fachbeirats (Experten aus LK, Ministerium, etc.) werden aktuell die Anforderungen für Getreide und Ackerkulturen erarbeitet.

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Praxistaugliche Umsetzung des AMA-Gütesiegels bei Getreide und Ackerkulturen (z.B. anhand der ÖPUL-Richtlinien)**
- **2x2 Mio. € Sonderzuschuss zu Marketingaktivitäten für das AMA-Gütesiegel Getreide**
- **Konsequente Weiterentwicklung des AMA-Gütesiegels in allen Bereichen**



5. Schule am Bauernhof: Jedes Kind in NÖ muss mind. 1x auf einem Bauernhof gewesen sein

Durch die Bevölkerungsentwicklung ist oftmals der direkte Bezug zur Landwirtschaft im familiären Umfeld heute nicht mehr gegeben. Maßnahmen wie „Schule am Bauernhof“ sollen daher die Beziehung zu den Konsumenten verbessern. Aktuell gibt es rund 160 Schule am Bauernhof-Betriebe in Niederösterreich, die im Jahr 2022 über 1.200 Besuche auf den Höfen durchgeführt haben. Gemeinsam mit der Aktion „Landwirtschaft in der Schule“ wurden im Jahr 2022 32.000 Kinder in Niederösterreich mit bäuerlichen Erlebnisprogrammen erreicht. Dies stellt eine enorme Entwicklung zum Jahr 2015 dar [= Zuwachs um rund ein Drittel].

Als NÖ Bauernbund fordern wir:

- **Weitere Aufstockung der „Schule am Bauernhof“-Betriebe**
- **Kontakt mit 40.000 Kindern pro Jahr bis 2030**
- **Jedes Kind in NÖ soll bis zum Ende der Schullaufbahn einen Bauernhof besuchen**

